

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/51

Bonn, den 14. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>P A R I S - B O N N</u> Versachlichung der deutsch-französischen Beziehungen	61
2 - 3	Der deutsch-holländische "Verkehrskrieg" fand nicht statt <u>Verkehrspolitische Flurbereinigung zwischen Bonn und Den Haag</u> Neue Impulse für die europäische Verkehrspolitik Von Karl-Heinz Günter	59
4 - 5	<u>Tito läßt die Reihen zusammensücken</u> Dramatische Entwicklung in kommunistischen Jugoslawien Von Dr. Erhardt Eckert, z. Zt. Belgrad	72
6 - 7	<u>Hinter den Kulissen der spanischen Informationspolitik</u> Widerspenstige Massenmedien werden "legal umfunktioniert" Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid	95

P A R I S - B O N N

Versachlichung der deutsch-französischen Beziehungen

sp - Entgegen allen Unkenrufen ist das Pariser Gipfelgespräch zwischen Bonn und Paris in einer Atmosphäre verlaufen, die es gestattet, von einer Versachlichung der deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen. Es war nicht zu erwarten, daß Staatspräsident de Gaulle seinen hinreichend bekannten Standpunkt zu den Problemen der EWG und der WEU aufgeben würde. Dagegen konnte die deutsche Delegation mit einiger Überraschung registrieren, wie sehr die französischen Gesprächspartner darauf bedacht waren, allzu tiefgründige Betrachtungen über Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden und umso intensiver auf die weitere Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen einzugehen.

Daß hierbei die wirtschafts- und währungspolitischen Probleme, die Frankreich und die Bundesrepublik gleichermaßen berühren, im Vordergrund standen, dürfte andeuten, wie sehr man sich in Paris und Bonn bewußt ist, daß die Entwicklung der Integration im EWG-Bereich und auch darüber hinaus nicht zuletzt von dem guten Funktionieren der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen abhängt.

Es ist auch bemerkenswert, daß Staatspräsident de Gaulle diesmal weniger als man es bei ihm gewohnt ist, auslegbare Betrachtungen über die ganz große Politik anstellte. Die französischen Kabinettsmitglieder hatten ganz offensichtlich die Anweisung erhalten, in den Gesprächen mit ihren deutschen Kollegen praktikable und im Augenblick notwendige Projekte zu erörtern, deren Verwirklichung gleichermaßen für Frankreich und die Bundesrepublik nützlich ist. Einen Katalog dieser Projekte, zu denen unter anderem die enge deutsch-französische Zusammenarbeit im saarländisch-lothringischen Raum gehört, dürfte wohl in Kürze veröffentlicht werden.

Bedeutsam und nicht nur für Frankreich und die Bundesrepublik

wichtig ist das gegenseitige Versprechen, künftig in währungs- und wirtschaftspolitischen Fragen schneller und enger als bisher zusammenzuarbeiten. Man will - wie es ein deutscher Delegationsteilnehmer ausdrückte - in Zukunft nicht mehr alles nur dem sogenannten Spiel der freien Kräfte überlassen.

Bei der weiteren Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses darf man davon ausgehen, daß sich die Beziehungen zwischen Frankreich und den USA verbessert haben und daß Staatspräsident de Gaulle auch in Zukunft bereit ist, die deutschen Bemühungen um eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West zu unterstützen. Ob es in absehbarer Zeit gelingen wird, den französischen Staatspräsidenten davon zu überzeugen, daß Frankreichs juristisch begründete Abwesenheit von der WEU niemandem etwas nützt, bleibt abzuwarten. Es ist schon gut, daß man sich jetzt in Paris nicht in eine fruchtlose Diskussion über dieses Thema hineinmanöveriert hat.

Wenn man bedenkt, was vor dem jetzigen Pariser Konsultationsgespräch alles geschrieben und gesagt wurde und das dann mit dem Ergebnis vergleicht, muß man sich fragen, wer eigentlich ein Interesse daran hat, das deutsch-französische Verhältnis zu komplizieren. Daß Staatspräsident de Gaulle kein bequemer Verhandlungspartner ist, weiß man inzwischen. Daß er trotz seiner oft eigenwilligen Betrachtungsweise der internationalen Zusammenhänge bei wichtigen Fragen aber auch sehr realistisch sein kann, sollte mindestens in Rechnung gestellt werden. Das zeigte sich erneut bei der von ihm und seinen Mitarbeitern getroffenen Feststellung, daß Frankreich den Integrationsprozeß der EWG nicht zu behindern gedenkt, wenn man auch im Augenblick keine andere als die bekannte französische Haltung in allen Fragen der Erweiterung des Europa der Sechs erwarten kann.

D a r a u f war die deutsche Delegation jedoch gefaßt; sie hatte sich ohne Illusionen nach Paris begeben, um einen Beitrag zur Versachlichung des deutsch-französischer Verhältnisses zu leisten. Das ist geschehen - und verstanden worden.

+ + +

Der deutsch-holländische "Verkehrskrieg" fand nicht statt

Verkehrspolitische Flurbereinigung zwischen Bonn und Den Haag
Neue Impulse für die europäische Verkehrspolitik

Von Karl-Heinz Günter

Eine wichtige Voraussetzung für einen positiven Verlauf der künftigen Brüsseler Beratungen für die Realisierung der gemeinsamen Verkehrspolitik ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Mitgliedsländer der Gemeinschaft. Hier ist in letzter Zeit wiederholt die Befürchtung geäußert worden, daß die EWG-Verkehrspolitik durch deutsch-niederländische Meinungsverschiedenheiten belastet werde.

In den Niederlanden sind die Auswirkungen des Verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung auf die niederländische Verkehrswirtschaft, darüber hinaus aber auch auf die niederländische Wirtschaft insgesamt so hoch eingeschätzt worden, daß der niederländische Ministerpräsident de Jong im vergangenen Jahr in Bonn Bundeskanzler Kiesinger gegenüber von einer "Schädigung vitaler niederländischer Interessen" sprach.

Seither hat sich in zahlreichen Beratungen, die jetzt abgeschlossen wurden, ein deutsch-niederländischer Ausschuß mit einer Reihe von Problemen befaßt die insbesondere von der niederländischen Seite vorgebracht wurden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Anwendung des Territorialitätsprinzips bei der Frachtenbildung in der Binnenschifffahrt sowie das deutsch-niederländische Genehmigungs-kontingent im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr. Um mit dem Letzteren anzufangen:

Bundesminister Georg L e b e r ist konsequent geblieben. Der von der niederländischen Seite geforderten Erhöhung des erst im Dezember 1967 zwischen Staatssekretär Keyzer und Leber vereinbarten Kontingents von 1,950 bilateralen Genehmigungen wurde nicht entsprochen. Der deutsche Verkehrsminister hat sich damit einverstanden erklärt, Maßnahmen zu unterstützen, mit denen eine bessere Ausnutzung

des Kontingents erreicht werden soll. So wurden unter anderem technische Erleichterungen im Transitverkehr niederländischer Unternehmer durch die Bundesrepublik Deutschland vereinbart. Außerdem ist man sich einig, daß vom 1. Januar 1971 über eine "anschließende Regelung" verhandelt wird.

In der Frage der Rheinschifffahrt haben sich Deutsche und Holländer erfreulicherweise dahin geeinigt, daß gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um durch eine Stilllegungsregelung sowie durch Abwrackmaßnahmen die Marktlage zu verbessern. Außerdem sollen bilateral sowie multilateral alle geeigneten Schritte unternommen werden, um das Frachtniveau zu stabilisieren. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich Bundesminister Leber damit einverstanden erklären, von der im Verkehrspolitischen Programm vorgesehenen Anwendung obligatorischer Tarife im grenzüberschreitenden Binnenschiffsverkehr abzusehen.

Die niederländische Seite hat sich ferner damit einverstanden erklärt, allen Maßnahmen, die der Förderung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Containern und im Huckepacktransport dienen, ihr besonderes Interesse zu widmen und mit uns gemeinsam die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Diese niederländische Bereitschaft darf als ein Fortschritt in Richtung auf eine stärkere Verlagerung des Langstreckenverkehrs von der Straße auf die Schiene gedeutet werden. Damit hat eine der vordringlichsten Zielsetzungen des verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung nun auch bei unserem wichtigsten Partner auf dem Gebiet des internationalen Verkehrs Verständnis gefunden. Der deutsch-holländische "Verkehrskrieg" hat also nicht stattgefunden.

Die erreichten Übereinkünfte dürfen als ein wesentlicher Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs gewertet werden. Auch Hollands Staatssekretär Keyzer hat das nachdrücklich betont. Nachdem eine wesentliche Annäherung der verkehrspolitischen Auffassungen zweier Partner innerhalb der EWG erreicht wurde, kann man mit größerer Aussicht einen Weitergang der europäischen Verkehrspolitik erhoffen.

Tito läßt die Reihen zusammenrücken

Dramatische Entwicklung im kommunistischen Jugoslawien

Von Dr. Erhardt Eckert, z.Zt. Belgrad

Ob die in ihrer betonten Intensität so dramatisch wirkenden Reden und Maßnahmen der jugoslawischen Partei- und Staatsführung zur entschlossenen und durchgreifenden Stärkung der partei- und staatlichen Machtfunktionen wirklich so unabdingbar notwendig sind, wie das in Belgrad dargestellt wird, kann ein ausländischer Beobachter nur vermuten. Der kritische Ernst, der sich in allen Äußerungen insbesondere und gerade Titos findet, macht jedenfalls sehr nachdenklich. Vermutlich hat der völlige Boykott des Belgrader Kongresses durch die Warschaupakt-Staaten, mit alleiniger Ausnahme von Rumänien, die Haltung der Jugoslawen noch verstärkt und verschärft, auch wenn kaum zu glauben ist, daß dieser Boykott tatsächlich so unvermutet gekommen sein soll, wie das in Belgrad behauptet wird. Die offene Frage, ob die Bulgaren nun wirklich ursprünglich zugesagt und dann erst unter massivem Druck Moskaus wieder abgesagt haben, gehört in dieses Puzzlespiel von Fakten und Gerüchten, die einander jagen und überschlagen.

Ob also nun die Entwicklung tatsächlich zu dieser Mobilisierung des Willens, der Bereitschaft, der Entschlossenheit und der Kräfte Jugoslawiens zwingt, die der 9. Parteikongreß einleiten soll, muß sich noch erweisen. Als klares Faktum ist aber festzuhalten, daß diese Mobilisierung recht robust in die Wege geleitet wird. Dabei bedient man sich aller Mittel und Instrumente, die für einen solchen Fall und für einen solchen Zweck zur Verfügung stehen. Es wird auch kein Gebiet ausgelassen, das in diese Gesamtkonzeption paßt. Praktisch wird also das ganze Leben Jugoslawiens erfaßt. Es ist zuzugeben, daß man sich in Belgrad sehr viel vorgenommen hat, und es ist zu vermuten, daß man sich einfach zuviel vorgenommen hat. Der Staat Titos hat heute noch, trotz aller außerordentlichen Anstrengungen und Leistungen in den letzten Jahrzehnten, eine große Zahl von ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Fragen, eine große Zahl von Fehlern und Mängeln, eine große Zahl von Sorgen und Kümernissen. Der Marschall hat diese lange Liste ungeschminkt aufgezählt und auch so heiße Eisen wie die unbewältigte große Arbeitslosigkeit nüchtern und brutal angepackt.

Das wirtschaftliche Credo der Selbstverwaltung, von der man sich die rettende Entwicklung aus der zermürbenden Staatswirtschaft in eine so weit wie möglich liberalisierte Marktwirtschaft verspricht und erhofft, ist erst mitten auf dem Wege zum Ziel. Jeder Blick zeigt neue Ansatzpunkte für dringend notwendige Reformen, Verbesserungen, Um- und Neubauten. Das ganze Land, jedes Lebensgebiet, erfordert höchste Anstrengungen für die Aufbauentwicklung Jugoslawiens im europäischen und Weltraum, und dabei ist die Zahl und Menge der Hemmnisse und Hindernisse bedrückend hoch und groß. Es wäre vermessen, annehmen zu wollen, daß diese Riesenaufgabe von den Jugoslawen allein geleistet werden könnte. Sie brauchen Solidarität und Hilfe, und sie brauchen Koexistenz und Frieden.

Das sehen sie offensichtlich bedroht. Wie sehr bedroht, daran hat Tito nicht den geringsten Zweifel mehr zugelassen. Er schlug Alarm und er appellierte ganz bewußt auch an den revolutionären Elan, der seine Partei zur Basis, zum Kern und zur Führungsmacht in Jugoslawien gemacht hat. Auch dieser Elan soll wieder mobilisiert werden gegen die "Feinde" im innern und auch von außen. Tito verlangt, daß sich die Partei wieder an ihre Ideologie und Prinzipgrundlagen erinnert und diese anwendet. Er ruft nach der Jugend. Er stärkt und verbreitert die Landesverteidigung, und er schafft an der Spitze der Staatspartei einen "Exekutivrat bei der Präsidentschaft", der praktisch ein Führungskollektiv ist, in dem er einer unter 15, aber doch der erste ist, und das, ständig in Belgrad tätig und immer erreichbar und einsatzfähig, die Führung des Staates fest in die Hand nimmt. Die Verbindung zu den Bundesländern wird personell durch die Heranziehung prominentester Parteiführer gewonnen und verbürgt, und die Verbindung nach vorn, nach morgen, wird durch die Einschaltung von jüngeren Parteiführern erreicht, die die Kontinuität des kommunistischen Jugoslawien garantieren sollen.

So stellt sich Jugoslawien am Ende des 9. Parteikongresses dar, der historisch sicherlich dieselbe Rolle spielen wird wie der 5. Kongreß vor 20 Jahren, von dem aus Tito und seine Freunde den "eigenen Weg" ihrer Partei und ihres Staates begonnen haben. Den Hintergrund für alle diese Anstrengungen bildet der von den jugoslawischen Kommunisten erbittert bekämpfte "Monopolismus und Hegemonismus" Moskaus und seiner Warschau-Pakt-Staatengruppe. Der "eigene Weg" scheint bedroht, die Unabhängigkeit, die Souveränität, das in bitteren Jahrzehnten geleistete, der Weg zur sozialistischen Demokratie: alles das erscheint bedroht. Tito läßt seine Reihen zusammenrücken.

Hinter den Kulissen der spanischen Informationspolitik

Widerspänstige Massenmedien werden "legal umfunktioniert"

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Der Ausnahmezustand in Spanien enthüllt ungewollt den Schleier, der bisher die eigentlichen Absichten der staatlichen Informationspolitiker verdeckte und die Enttäuschungen verbarg, die in Madrider Regimekreisen herrschte, seitdem im April 1966 die "kleine Pressefreiheit" eingeführt wurde.

Die Wiedereinführung der Presse-Vorzensur entspricht den gesetzlichen Normen, die einem als Ausnahmezustand bezeichneten modifizierten Kriegsrecht angemessen sind. Und doch enthüllte sie etwas anderes, als wohl beabsichtigt gewesen war. Trotz der Einengung der Pressefreiheit durch verschärfte strafgesetzliche Bestimmungen für publizistische Vergehen ist der Ton der spanischen Presse seit April 1966 in den Augen vieler maßgeblicher Männer des Regimes zu frei geworden. Die dem katholischen Laienorden "Opus Dei" nahestehenden Zeitungen attackierten althergebrachte Tabus mit der gleichen Meinungsfreiheit, die auch einige jungfalangistische und mehr ins oppositionelle Lager zu verweisende Blätter auszeichnete. Einigen tonangebenden Finsterlingen mochte diese frischgebackene halbe Gedankenfreiheit an die Nieren gehen - der Bevölkerung und selbst nicht unbeträchtlichen Teilen des an der Macht befindlichen "Establishment" gefiel die neue Tonart, die sich manchmal einsame Höhenflüge gestattete, wie sie zur Blütezeit der von den konservativen Spaniern als verachtenswerte Vogelscheuche angesehenen Dritten französischen Republik durchaus üblich waren.

Die Gegenkräfte, die diese neue Pressefreiheit in Fesseln legen wollten, ließen nicht lange auf sich warten. So mußte die zuweilen herzerfrischend freche und fast oppositionelle Madrider Nachmittagszeitung "Madrid" (Opus Dei"-nahe) vier Monate lang ihr Erscheinen einstellen. Die gleichfalls den "Opus"-Neutönern des FESA-Verlags zugeordnete Nachmittagszeitung "El Alcázar" wurde im vergangenen Sommer von den falangistischen Titelinhabern auf Regierungstreue umfunktioniert. Dieser kalte Handstreich gegen "El Alcázar" war dem bestehenden Vertrag zwischen FESA und der falangistischen Alcázar-Bruderschaft zufolge völlig legal, denn "El Alcázar" nahm sich in seiner Diktion aus wie ein Zwillingenblatt des linkskatholischen Mailänder "Il Giorno".

Die Pressefreiheit, wie sie im Gesetz vom 8. April 1966 verankert bleibt, soll in ihrer Substanz nicht angetastet werden. Dafür gibt es geeignetere Mittel, eine Zeitung an die Kandare zu nehmen. Dieses Schicksal widerfuhr auch der Nachrichtenagentur "Fiel", die früher dem oppositionellen Christdemokraten Ceferino Maestu allein gehörte. Maestu, einer der Mitinitiatoren einer verbotenen Metallarbeiterdemonstration, trat unter dem Druck der Verhältnisse fast drei Viertel seiner Anteile an die regierungsnahen nationale Nachrichtenagentur EFE ab, die jetzt personell und im Management die Linie von "Fiel" bestimmt.

Eine neue Entwicklung dieser Art bahnt sich an, wie von politischen Kreisen Madrids bestätigt wird. Auch die dem "Opus Dei" zugeschriebene Nachrichtenagentur "Europa Press" eckte seit 1966

wiederholt bei den Überwachungsbehörden wegen "tendenziöser Berichterstattung" unliebsam an und steht vor der Alternative, den Betrieb einzustellen oder sich nach bereits vorexerziertem Rezept von "Efe" und deren Tochter "Fiel" übernehmen zu lassen. Die Verantwortlichen von "Europa Press" ziehen die Einstellung einer solchen Verkaufslösung vor, doch mit sanftem Druck wird es auch gelingen, die halboppositionelle "Europa Press" wieder auf den "Pfäffchen" zu bringen. Erscheinungsverbote wirken störend; wenn auch die spanischen Behörden nie zugeben wollen, daß sie eine unfreundliche Reaktion des Auslandes erschreckt, so scheint die Methode des "legalen Umfunktionierens" widerständiger Publikationsorgane und Massenmedien einer gewaltsamen Lösung vorgezogen zu werden.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, daß Spaniens äußerste Rechte auch Verluste nicht scheut, um ketzerischen Blättern wie "Madrid" oder "Nuevo Diario" bittere Konkurrenzgefechte zu liefern. So wird Madrid jetzt in Kürze ein neues Nachmittagsblatt bekommen, das bisher im Verlag der monarchistischen "ABC" erschienene illustrierte Wochenblatt "Blanco y Negro", das nach der Zusammensetzung des Redaktionsstabs zu urteilen ein nachmittäglicher Aufguß des morgendlichen regierungsfremden "ABC" sein wird. Damit wird der Madrider Zeitungsmarkt (für drei Millionen Einwohner) grausam übersetzt. Schon jetzt erscheinen jeden Morgen "Arriba" (Falanga-Zentralorgan), "ABC" (monarchistisch), "Ya" (rechtskatholisch), "Nuevo Diario" ("Opus"-nahe) und "Diario SP" (jungfalangistisch) neben den Sportblättern "AS" und "Marca". Die Nachmittagspresse ist vertreten durch das Syndikatsorgan "Pueblo", die widerspenstige Zeitung "Madrid", die farblose "Informaciones" und das auf falangistisch umfunktionierte Blatt "El Alcázar". Selbst eine Siebenmillionen-Stadt wie Groß-Buenos Aires kommt mit ebenso vielen Tageszeitungen aus. Vom Geschäftlichen her gesehen sind die publizistischen Anstrengungen in Madrid ein reiner Verlust. Andererseits spielen im heutigen Spanien die Tageszeitungen eine wesentlich überspitztere Rolle als in repräsentativen Demokratien. Sie dienen der ideologischen Ausrichtung eines Leserpublikums, das seit drei Jahrzehnten der aktiven Politik entwöhnt ist. Eine analoge Bedeutung kommt auch den Nachrichtenagenturen zu, deren Stoffauswahl erkennen läßt, welchen politischen Standort sie einnehmen.

Hinter den Kulissen der spanischen Informationspolitik geschieht allerlei - vieles davon wird erst nach dem Ende des dreimonatigen Ausnahmezustands einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar. Doch ein Blick hinter die Kulissen lohnt die Mühe. Er offenbart, daß die Demokratie in Spanien noch immer keine leichte Zukunft hat. Gelingt es interessierten Kreisen, die Agentur "Europa Press" in die Hände regierungsnaher Massenmedien zu bekommen, dann werden wohl bald Papierstiel und regierungsfremde Klischees wieder Einzug in die spanischen Redaktionsstuben feiern, ohne daß die "Pressefreiheit" von 1966 über Bord geworfen werden müßte. Die Möglichkeiten, die das Gesetz einräumt, werden dann freiwillig unausgeschöpft gelassen, die Pressefreiheit gerät in Gefahr, ihren Sinn zu verlieren.